

An das  
 Bundesministerium für  
 Bildung, Wissenschaft und Forschung  
[p.a.begutachtung@bmbwf.gv.at](mailto:p.a.begutachtung@bmbwf.gv.at)

IDB, Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen  
 Große Sperlgasse 8/1/19  
 1020 Wien  
 ZVR 421303680  
[www.diskriminierungsfrei.at](http://www.diskriminierungsfrei.at)  
[office@diskriminierungsfrei.at](mailto:office@diskriminierungsfrei.at)



Wien, am 17.4.2018

## **Stellungnahme der IDB, Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen zum Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz und das Schulpflichtgesetz 1985 geändert werden sollen**

Die Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Verein, der Diskriminierungserfahrungen im gesamten Bildungswesen dokumentiert, angefangen vom Kindergarten, über die Schule bis hin zur Universität.

Die IDB dokumentiert alle 7 Diskriminierungsgründe der EU mit einem Hauptaugenmerk auf institutionelle Diskriminierung.

Zum vorliegenden Gesetzesentwurf gibt es sehr viel zu sagen, jedoch beschränken wir uns auf die aus unserer Sicht 3 wichtigsten Punkte:

1. Ist die Erreichung der selbst gesetzten Ziele mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf realistisch bzw. wahrscheinlich?
2. Enthält dieser Gesetzesentwurf Passagen bzw. Mechanismen, die diskriminierend wirken bzw. wirken können?
3. Entspricht der vorliegende Gesetzesentwurf dem „Goldstandard“ der Wissenschaft und berücksichtigt er die an österreichischen Universitäten (DAF/DAZ) geltenden Lehrmeinungen dazu?

Nachfolgend sollen alle 3 Punkte fortlaufend behandelt werden:

Nach Studium der entsprechenden Literatur kommen wir zum Schluss, dass es sehr unwahrscheinlich bzw. unrealistisch ist, dass die gesetzten Ziele mit den vorgelegten Maßnahmen erreicht werden können, sondern eher der gegenteilige Fall eintreten wird. Schon jetzt wissen wir, dass es einen statistisch signifikanten Zusammenhang gibt, zwischen dem Besuch der Vorschule bzw. der Einstufung als außerordentliche/r

Schüler/in und einem vorzeitigen Ausscheiden aus der Schule, und zwar korrelierend mit der Dauer der Schullaufbahn. Es ist damit zu rechnen, dass die de facto Zurückstufung sich im Endeffekt negativ auf die Bildungsbiographie auswirken wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese negative Korrelation auch damit zusammenhängen kann, dass die Einstufung als außerordentliche/r Schüler/in willkürlich bzw. missbräuchlich getroffen worden ist, unabhängig von den tatsächlichen Deutschkenntnissen.

Hier sehen wir als IDB großes Missbrauchs- bzw. Diskriminierungspotential, da uns schon jetzt wiederholt Fälle gemeldet werden, wo Schüler/innen, die ausschließlich deutsch sprechen, als außerordentliche Schüler/innen eingestuft worden sind, weil sie zB einen nicht-deutschen Nachnamen haben, eine dunklere Hautfarbe oder nicht-christliche Religionszugehörigkeit.

Ohne entsprechende standardisierte Testbatterien für alle Schüler/innen bzw. ohne entsprechende wirksame Kontrollmechanismen, kann aus unserer Sicht das Diskriminierungspotential dieser Maßnahme „Festlegung der Deutsch-Kompetenz als Schulreifekriterium“ nicht ausgeschlossen werden.

Betrachten wir abschließend den vorliegenden Gesetzesentwurf aus Sicht der evidenzbasierten Wissenschaft und beziehen uns auf die Stellungnahme der Forschenden und Lehrenden des Bereichs Deutsch als Zweitsprache der Universitäten Graz, Innsbruck, Salzburg und Wien zum Bildungsprogramm 2017,<sup>1</sup> so müssen wir feststellen, dass auch von diesen Expert/innen zT von institutioneller Diskriminierung im Zusammenhang mit vorliegendem Gesetzesentwurf gesprochen wird.

Da die IDB sich für diskriminierungsfreie Bildung für ALLE einsetzt, kann aus unserer Sicht zurzeit keine positive Stellungnahme abgegeben werden.

Für den Vorstand der IDB

Dr. Sonia Zaafrani, Persy Lowis Bulayumi, Jenny Simanowitz

---

<sup>1</sup> <https://www.oeliug.at/2018/03/12/stellungnahme-von-forschenden-und-lehrenden-des-bereichs-deutsch-als-zweitsprache-der-universit%C3%A4ten-graz-innsbruck-salzburg-und-wien-zum-bildungsprogramm-2017-bis-2022-der-%C3%BCsterreichischen-bundesreg/>